

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15509
Mittwoch, 30. Jänner 2019

BMNT: Auszahlung der Direktbeihilfe aufgrund der Trockenheit 2018	1
Eurostat: Österreich hat höchsten Bio-Flächenanteil in der EU	1
Brexit: Regierung und Opposition reden wieder miteinander	2
Moosbrugger: Österreichische Geflügelbranche international federführend	2
EU will nur Biotreibstoffe aus nachhaltig erzeugten Rohstoffen zertifizieren	4
EuGH-Generalanwalt: Handelsabkommen CETA mit EU-Recht vereinbar	4
Sonderzölle auf spanische Oliven: EU verklagt USA vor der WTO	5
Ehemaliger Landwirtschaftsminister Erich Schmidt verstorben	6
Österreichische Tiefkühlgemüseproduktion ist in Gefahr	6
Moosbrugger zum Kälberabsatz: Möglichkeiten am Heimmarkt im Sinne aller verstärkt nutzen	7
Schweizer Milchriese Emmi steigerte 2018 Konzernumsatz deutlich	8
Russland: Fleischproduktion wuchs 2018 schwächer	8
Kwizda Agro: Diskurs spiegelt nicht die landwirtschaftliche Realität wider	9
"Rechtshandbuch Land- und Forstwirtschaft" erschienen	10
11,7 Mio. Euro mindern die 2018 erlittenen Dürreschäden bei Oberösterreichs Bauern	11
Bundes-Obstbauverband verleiht Goldenen Apfel an Wolfgang Mazelle	11
15. Bio Austria-Bauerntage mit einem "Plädoyer für die Vielfalt"	12
20. Erdäpfelfachtag der IGE am 13. Februar 2019 in Stockerau	14
Kärntner Landesobstbautag am 2. Februar in der LFS St. Andrä	14

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

BMNT: Auszahlung der Direktbeihilfe aufgrund der Trockenheit 2018

20.000 heimischen Landwirten konnte geholfen werden

Wien, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Die extreme Trockenheit und die langanhaltenden Hitzeperioden im Frühjahr und Sommer 2018 beeinträchtigten die pflanzliche Produktion im gesamten Bundesgebiet erheblich. Im Westen und Norden Österreichs verzeichnete die Landwirtschaft großräumige Ertragseinbußen oder gar Ertragsausfälle bei Grün- und Raufutter. Die stärksten Einbußen verzeichnete Oberösterreich, auch Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg waren betroffen. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket in Höhe von insgesamt 60 Mio. Euro sicherte die österreichische Bundesregierung den heimischen Bäuerinnen und Bauern rasche und unbürokratische Hilfe zu. * * * *

Durch die Initiative von Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** wurden im Rahmen des Maßnahmenpakets insgesamt 20 Mio. Euro von Bund und Ländern als Direktbeihilfe zur Abfederung der außergewöhnlichen Trockenheitsschäden und damit verbundenen Einkommensverlusten bereitgestellt. In intensiven Beratungen über die Ausgestaltung der Unterstützungsmaßnahmen wurden, unter Einbeziehung von Experten aller Bundesländer sowie aller Landeslandwirtschaftskammern, österreichweit einheitliche Fördervoraussetzungen beschlossen. Die für die Berechnungen zugrundeliegende Gebietskulisse basiert auf Daten der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik. Neben Niederschlagsdefiziten im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt wurden weitere Parameter wie der absolute Niederschlagswert 2018 während der Vegetationsperiode, welche von 1. April bis 31. August dauert, sowie dessen Abweichung im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt auf Ebene der Katastralgemeinden herangezogen. Darüber hinaus hatten die Bundesländer die Möglichkeit eine Ausweitung der Gebietskulisse festzulegen. Für einen Zinsenzuschuss bei Agrarsonderkrediten wurden von Bund und Ländern insgesamt 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Die Auszahlung der Trockenheitsprämie durch die Agrarmarkt Austria konnte nun finalisiert werden. Die Berechnungen über die jeweilige Entschädigungshöhe beruhen auf der anteiligen Grünland- und Ackerfeldfutterfläche der betroffenen Betriebe und der Anzahl an raufutterverzehrenden Tieren der Kategorien Rinder, Schafe sowie Ziegen. Insgesamt wurden fast 20.000 Landwirtinnen und Landwirte mit der Direktbeihilfe und dem Zinsenzuschuss unterstützt. Mit der raschen Abwicklung dieser Maßnahme ist es gelungen, den am stärksten betroffenen Landwirten zeitnah zu helfen und die oftmals existenzbedrohende Situation abzufedern. (Schluss)

Eurostat: Österreich hat höchsten Bio-Flächenanteil in der EU

23,4% im Jahr 2017 nach Bio-Richtlinien bewirtschaftet

Luxemburg, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Österreich ist das Bio-Land Nummer 1 in der Europäischen Union. Wie eine aktuelle Auswertung von Eurostat - dem statistischen Amt der EU - zeigt, wurden 2017 in Österreich 23,4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach den Richtlinien des biologischen Landbaus kultiviert. Das ist der höchste Wert im EU-Länderranking. Danach folgen Estland (19,6%), Schweden (19,2%), Italien (14,9%), Tschechien (14,1) %, Lettland (13,9%) und Finnland (11,4%).

Die gesamte biologisch bewirtschaftete Fläche in der EU betrug im Jahr 2017 12,6 Mio. ha, was 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und einer Steigerung von 25% zwischen 2012 und 2017 entspricht. * * * *

In den übrigen EU-Ländern lag der Bio-Flächenanteil unter 10%: Slowakei (9,9%), Slowenien (9,6%), Spanien (8,7%), Dänemark (8,6%), Litauen (8%), Griechenland (8%), Portugal (7%), Deutschland (6,8%), Kroatien (6,5%), Belgien (6,3%) und Frankreich (6%). Dahinter folgten Zypern (4,6%), Luxemburg (4,2%), Ungarn (3,7%), Polen (3,4%) sowie die Niederlande (3,1%). Die niedrigsten Anteile wiesen Malta (0,4%), Irland (1,7%), Rumänien (1,9%), Bulgarien (2,7%) und das Vereinigte Königreich (2,9%) auf. Werte für Nicht-EU-Länder wurden von Eurostat für die Schweiz (14,5%), Norwegen (4,8%) und Island (0,4%) abgebildet.

In der Auswertung sind sowohl Bio- als auch Umstellungsflächen enthalten. (Schluss) hub

Brexit: Regierung und Opposition reden wieder miteinander

"No Deal" von knapper Mehrheit im britischen Parlament abgelehnt

London, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Die britische Premierministerin Theresa May ist gestärkt aus den Abstimmungen im Parlament in London hervorgegangen. In den Abstimmungen lehnte eine knappe Mehrheit im Parlament in London einen "No Deal", das heißt einen ungeordneten Austritt aus der EU, ab. Dafür will eine knappe Mehrheit der Abgeordneten den bestehenden Austrittsvertrag mit der EU überarbeiten. Vor allem den Notfallplan für die irische Grenze wollen die Abgeordneten zeitlich befristen oder von britischer Seite aus einseitig kündigen dürfen. Das lehnt die EU allerdings ab. Dennoch ist der auf beiden Seiten des Kanals gefürchtete "No Deal" nach den Abstimmungen leicht nach hinten gerückt, vor allem weil Oppositionsführer Jeremy Corbin wieder mit der Premierministerin reden will. Wenn die EU hart bleibt, hat der bereits ausgehandelte EU-Austrittsvertrag wieder die Chance, in letzter Minute doch noch vom britischen Parlament akzeptiert zu werden. * * * *

Derweil steht der US-amerikanische Agrarsektor in den Startlöchern, um seine Erzeugnisse ins Vereinigte Königreich zu exportieren. Rund 100 US-Agrarverbände haben sich beim US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer gemeldet. Sie möchten in den zukünftigen Handelsgesprächen eine Anpassung der britischen Standards für Lebensmittel an jene in den USA einfordern. Dazu gehört für die Interessengruppen der Export von Rindfleisch mit Hormonbehandlung, von Geflügel, das mit Chlor desinfiziert wurde, und von gentechnisch veränderten Kartoffeln. (Schluss) mö

Moosbrugger: Österreichische Geflügelbranche international federführend

Tierschutz-Abgeltung und Ausbau der Herkunftskennzeichnung erforderlich

Wien, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - "Der österreichischen Geflügelbranche gelingt es mittels nachhaltiger Qualitätsproduktion, die Konsumentinnen und Konsumenten - auch im internationalen Wettbewerb - von sich zu überzeugen. Für Nachvollziehbarkeit, ein hohes Maß an Tierwohl und ausgezeichnete Erzeugnisse sorgen unter anderem ein bundesweit einheitliches Tiergesundheits-

und Qualitätssicherungssystem, eine transparente Datenbank sowie strenge Haltungsbedingungen", betonte der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**, heute beim Geflügeltag der Wintertagung im steirischen Hatzen Dorf. "Mit entsprechender Wertschätzung und einem Ausbau der Herkunftskennzeichnung wollen wir es schaffen, die notwendige Wertschöpfung für unsere heimischen Bauernhöfe zu erzielen und den Selbstversorgungsgrad weiter auszubauen." *

* * *

Geflügel ist nicht gleich Geflügel

"In Österreich werden wegen strenger Tierschutzaufgaben beispielsweise meist nur halb so viele Puten auf derselben Fläche gehalten wie - mangels Standards - in anderen EU-Ländern oder gar Drittstaaten. Auch ist die Geflügelhaltung ein Pionierbereich in der gentechnik-freien Fütterung. Die darauf basierende hohe Qualität hat zur Beliebtheit der heimischen Geflügelerzeugnisse bei den Verbrauchern beigetragen. Qualität hat aber auch ihren Preis, den es entsprechend abzugelten gilt", so Moosbrugger. "Wir wollen und werden die nachhaltige, strategische Ausrichtung der Branche weiter fortführen. Zusätzlich muss diese auch der Bevölkerung noch stärker nähergebracht werden."

Moosbrugger begrüßt Offenheit des Handels

"Wer österreichisches Geflügelfleisch und Eier bekommen will, soll dazu auch die Möglichkeit haben. Zu diesem Zweck ist ein Ausbau der Herkunftskennzeichnung dieser zentralen agrarischen Qualitätsprodukte wichtig - sowohl in der Gemeinschaftsverpflegung als auch bei Verarbeitungswaren. Eine entsprechende Verpflichtung ist nicht nur im Regierungspapier verankert, sondern auch von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger bei der Grünen Woche in Berlin klar in Aussicht gestellt worden. Wir begrüßen diese Zusage und auch, dass der Handelsverband gestern in einer Aussendung deutliche Gesprächsbereitschaft für dieses wichtige Thema signalisiert hat", betonte Moosbrugger. "Wir sind überzeugt, dass alle Seiten von einer besseren Herkunftskennzeichnung profitieren können. Wichtig ist dabei aber auch, dass die Bäuerinnen und Bauern einen fairen Wertschöpfungsanteil erhalten und in die Ausarbeitung von Qualitätsprogrammen eingebunden werden."

"Bevor die Verpflichtung rechtlich umgesetzt wird, bietet unsere Initiative 'Gut zu wissen - Wo unser Essen herkommt' auf freiwilliger Basis die Herkunftsauslobung der zentralen agrarischen Produkte Fleisch, Eier und Milch in der Gemeinschaftsverpflegung. Wie wichtig dieser Bereich ist, verdeutlicht die Tatsache, dass täglich 2,5 Mio. Menschen in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Kantinen, Kasernen und ähnlichen Einrichtungen essen gehen", unterstrich der LK-Präsident. "Wo Österreich draufsteht, muss aber auch Österreich drinnen sein. Verarbeitet in unserem Land ist zu wenig, wir fordern, dass der Rohstoff eine rot-weiß-rote Herkunft besitzt."

Praktikabilität nicht aus den Augen verlieren

"In allen Bereichen - so auch der Geflügelhaltung - ist es außerdem wichtig, neben den Wünschen der Bevölkerung und diverser Organisationen die Praktikabilität nicht aus den Augen zu verlieren. In der Schweiz haben mehrere Faktoren, darunter auch zu hohe Auflagen, zu einem Niedergang der dortigen Putenhaltung geführt. Die Folge in solchen Fällen sind massive Importe, die oftmals für weniger Standard und mehr Tierleid stehen. Ähnliches gilt es in Österreich zu verhindern. Dazu brauchen wir eine lösungsorientierte Politik und Kommunikation sowie ein klares rot-weiß-rotes Konsumentenbekenntnis", so Moosbrugger. "Wichtig ist zudem im Rahmen der zukünftigen

Gemeinsamen Agrarpolitik, Investitionen in die Qualitätsgeflügelhaltung weiterhin im bisherigen Maße zu ermöglichen. Mit einer entsprechenden strategischen Schwerpunktsetzung der Branche konnte der Legehennenbestand in Alternativhaltungsformen seit dem Käfigverbot um mehr als 1 Mio. Tiere gesteigert werden. Derartige Möglichkeiten gilt es weiterhin zu gewährleisten", hob der LK Österreich-Präsident hervor. (Schluss) - APA OTS 2019-01-30/13:16

EU will nur Biotreibstoffe aus nachhaltig erzeugten Rohstoffen zertifizieren

COPA-COGECA warnt vor Lücken im Gesetz bei Palmölimporten

Brüssel, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Biotreibstoffe sollen aus nachhaltig erzeugten Rohstoffen hergestellt werden. Das hat die EU in ihrer überarbeiteten Richtlinie für erneuerbare Energie (RED II) festgelegt. Biotreibstoffe mit hohem Risiko von Landnutzungsänderungen (high-ILUC), wie Palmöl, sollen beim Ausbau der erneuerbaren Energie in der EU keine Rolle spielen. Deshalb wird die Verwendung von Palmöl in der RED II auf dem Niveau von 2019 im kommenden Jahrzehnt eingefroren. Der Europäische Bauern- und Genossenschaftsverband (COPA-COGECA) befürchtet dennoch, dass es in den kommenden Jahren zu erhöhten Palmölimporten kommen könnte, die dem heimischen Rapsdiesel Konkurrenz machen wird. "Ohne klare Vorgaben der EU-Kommission befürchten wir Lücken im Gesetz", kritisiert **Pekka Pesonen**, Generalsekretär von COPA-COGECA. Denn Palmöl kann auch als Rohstoff mit niedrigem ILUC-Risiko zertifiziert werden, wenn der Hersteller nachweist, dass für sein Produkt kein Regenwald abgeholzt wurde. * * * *

Der Verband misstraut der Zertifizierung und sieht die Gefahr, dass über diese Hintertür doch noch größere Mengen Palmöl in die EU importiert werden. COPA-COGECA fordert deshalb strengere Auflagen, zu denen ein generelles Zertifizierungsverbot von Palmöl aus Borneo gehört, wo der Regenwald im größeren Maß gerodet wird. Anfang Februar will die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine Durchführungsverordnung zu RED II vorlegen, in dem die Zertifizierung geregelt werden soll. (Schluss) mö

EuGH-Generalanwalt: Handelsabkommen CETA mit EU-Recht vereinbar

System zur Streitbeilegung verstößt nicht gegen Grundsatz der Gleichbehandlung

Luxemburg, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Das im Freihandelsabkommen CETA vorgesehene System zur Streitschlichtung zwischen Investoren und Staaten verstößt nach Ansicht des Generalanwalts am Europäischen Gerichtshof (EuGH), **Yves Bot**, nicht gegen EU-Recht. Die Zuständigkeit des für diese Streitfälle vorgesehenen Gerichts sei "eng begrenzt", heißt es laut Dow Jones News in den Schlussanträgen, die gestern in Luxemburg vorgelegt wurden. * * * *

Hintergrund ist ein Antrag Belgiens. Das Land will vom EuGH wissen, ob die in dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada enthaltenen Regeln zum Thema Investitionen mit EU-Recht vereinbar sind. Konkret geht es dabei um den Streitbeilegungsmechanismus, der Dispute zwischen Investoren und Staaten klären soll. Kritiker befürchten, dass Unternehmen über

demokratisch nicht legitimierte Schiedsgerichte Staaten verklagen und so unliebsame Gesetze verhindern könnten.

Dazu erklärt Generalanwalt Bot nun in seinen Schlussanträgen, dass das Abkommen "die Autonomie des Unionsrechts nicht beeinträchtigt" und den Grundsatz der ausschließlichen Zuständigkeit des Gerichtshofs für die verbindliche Auslegung des Unionsrechts unberührt lasse. Die Garantien, mit denen die Einrichtung des Streitbeilegungsmechanismus versehen sei, seien hinreichend, wird betont. Im Übrigen sei das Gericht an die Auslegung des Gerichtshofs gebunden und könne keine Auslegung dieses Rechts innerhalb der Unionsrechtsordnung durchsetzen.

Weiters verstoße das Abkommen, was den Zugang zum Streitbeilegungsmechanismus betreffe, nicht gegen den allgemeinen Grundsatz der Gleichbehandlung. Und schließlich könnten verfahrensrechtliche Garantien sicherstellen, dass das in Artikel 47 der Charta verankerte Recht auf Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht hinreichend gewahrt werde.

Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den Gerichtshof nicht bindend, meist übernimmt der EuGH aber die Empfehlungen seiner Experten. Mit dem Urteil wird in einigen Monaten gerechnet.

Weite Teile von CETA sind bereits am 21. September 2017 vorläufig in Kraft getreten. Das betrifft etwa den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Dadurch sind gemäß den Erläuterungen bereits 98% aller Zolltariflinien abgeschafft. Bei sensiblen Agrarprodukten wurden allerdings Marktzugangsquoten vereinbart. (Schluss)

Sonderzölle auf spanische Oliven: EU verklagt USA vor der WTO

EU-Handelskommissarin Malmström: Antidumpingzölle sind ungerechtfertigt

Brüssel/Washington, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Die EU klagt die USA vor der Welthandelsorganisation (WTO) wegen der Sonderzölle auf spanische Oliven. Die USA argumentieren ihr Vorgehen mit Förderungen aus dem EU-Agrarhaushalt, die spanischen Olivenerzeugern Billigliefereien über den Atlantik ermöglichen würden. Die EU sieht in den Antidumpingzöllen dagegen ausschließlich eine Maßnahme der US-Amerikaner zum Schutz der eigenen Erzeuger. EU-Handelskommissarin **Cecilia Malmström** kündigte eine Klage bei der WTO an. Jetzt haben beide Parteien 60 Tage Zeit, um sich doch noch friedlich zu einigen. Ist das nicht möglich, muss ein Schiedsgericht der WTO über die Klage entscheiden. Allerdings sind die Schiedsgerichtsverfahren der Handelsorganisation in Genf zurzeit blockiert, weil die USA die Neubesetzung eines Richters in der Berufungsinstanz der WTO verweigern. * * * *

Ein anderer Handelsstreit zwischen den USA und der EU steht dagegen kurz vor der Lösung. Die EU will die Einfuhrmöglichkeit für Rindfleisch aus den USA erleichtern. Dazu soll ein EU-Importkontingent, das bisher mehreren Drittländern zur Verfügung stand, weitgehend für die USA reserviert werden. Hier sei man kurz vor einer Einigung, erklärte ein Sprecher von EU-Agrarkommissar Phil Hogan. (Schluss) mö

Ehemaliger Landwirtschaftsminister Erich Schmidt verstorben

Köstinger würdigt politisches Vermächtnis und Verdienste um den ländlichen Raum

Wien, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Erich Schmidt, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1986 und 1987 sowie langjähriger Nationalratsabgeordneter, ist am Montag nach langer Krankheit im Alter von 75 Jahren verstorben. Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** würdigte sein politisches Vermächtnis und seine Verdienste um den ländlichen Raum. "Erich Schmidt zählt zu den Wegbereitern der seit vielen Jahren so erfolgreichen Qualitätsstrategie im österreichischen Agrarsektor. In den schwierigen Jahren nach dem berüchtigten Weinskandal hat er sich um unser Ministerium und die gesamte Republik hoch verdient gemacht - dafür gebühren ihm tiefster Respekt und größte Wertschätzung. Sein Tod erfüllt uns mit Trauer, ich möchte seiner Familie mein aufrichtiges Beileid aussprechen", so Köstinger. (Schluss)

Österreichische Tiefkühlgemüseproduktion ist in Gefahr

Harte Fronten bei Preisverhandlungen mit Industrie - Gespräche ruhen seit Monatsmitte

Marchfeld, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Schon seit Jahren muss bei Tiefkühlgemüse ein fallendes Preisgefüge verzeichnet werden. Doch die Produzenten haben nicht nur mit diesem Preisverfall zu kämpfen. Trockenheit sowie Bewässerungsmaßnahmen stellen sie vor Mehraufwand und Mehrkosten. Nun stehen die Tiefkühlgemüseproduzenten mit dem Rücken zur Wand. Statt Verständnis und einem gemeinsamen Konsens gab es bei Verhandlungen mit der Tiefkühlindustrie bis jetzt Unverständnis und harte Fronten. Seit 14. Jänner liegen die Preisverhandlungen auf Eis. * * *

Knapp 4.000 ha Anbaufläche sind vom derzeitigen Verhandlungsstopp betroffen. Von Grünerbsen bis hin zu Gemüsesoja wird für das Tiefkühlsegment eine bunte Gemüsevielfalt produziert. Während in anderen Branchen Preise und Kosten nach aktuellen Gesichtspunkten nach oben angepasst werden, herrscht im Tiefkühlgemüsebereich seit Jahren ein wahrer Preisverfall.

Klimawandel und Bewässerungsplus erschweren die Situation

Nun ist für die Produzenten das sprichwörtliche Ende der Fahnenstange erreicht. Denn neben dem fallenden Preisgefüge sehen sie sich mit den Folgen des Klimawandels und damit mit Zusatzkosten sowie höherem Arbeitsaufwand konfrontiert. Etwas, das sich in den Preisen allerdings nicht niederschlägt. Eine wirtschaftliche Erzeugung ist somit nicht mehr möglich und gefährdet ganze Existenzen.

Verhandlungen seit 14. Jänner abgebrochen

Aus diesem Grund suchten Vertreter der Produzenten aktiv das Gespräch mit Vertretern der Tiefkühlindustrie. Das Ziel: Jede einzelne Kultur muss für Bäuerinnen und Bauern einen wirtschaftlichen Deckungsbeitrag ergeben, mit dem ein Weiterarbeiten in dieser Qualität möglich ist. Statt auf Verständnis und konstruktive Gespräche stießen die bäuerlichen Vertreter allerdings auf eine Position, die keinen Spielraum für Verhandlungen zugelassen hat. Seit dem 14. Jänner warten

die Verhandler der Tiefkühlgemüseproduzenten auf eine Wiederaufnahme der Preisgespräche. Sie sind dazu bereit, sich auf die gemeinsame Suche nach einem Konsens zu begeben, der beiden Seiten zugutekommt und nicht nur eine einzige Seite als Gewinner übrigbleibt. (Schluss) - APA OTS 2019-01-30/11:22

Moosbrugger zum Kälberabsatz: Möglichkeiten am Heimmarkt im Sinne aller verstärkt nutzen

8-Punkte-Programm im Sinne des Tierwohls zügig umsetzen

Bregenz, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - "Wir von der Landwirtschaftskammer (LK) Vorarlberg unterstützen das Land Vorarlberg und Landesrat Christian Gantner in ihrer Zielsetzung, den Konsum von regionalem Qualitätskalbfleisch weiter anzukurbeln. Was die Ausfuhren von Kälbern ins Ausland betrifft, ist es wichtig, das im Vorjahr vom Landtag verabschiedete 8-Punkte-Programm (siehe aiz.info als Download) im Sinne des Tierwohls und aller Beteiligten möglichst zügig umzusetzen", so Präsident **Josef Moosbrugger**. * * * *

Dazu gehören unter anderem die in den letzten Monaten gesetzten Aktivitäten der Fleischvermarkter, der Ländle Metzger, des Handels und Ländle Marketings, die bereits Wirkung zeigen. Darunter sind etwa der weitere Ausbau der bereits seit einigen Jahren bestehenden Vollmilch-Mastkälberaktion, ein neues Programm für Ländle Kälber und extensive Rindermast, um auch für Kreuzungskälber einen Heimmarkt zu schaffen, sowie die Ländle Kalbsbratwurst, die den Geschmack der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger trifft und einen zusätzlichen Absatz von heimischem Kalbfleisch höchster Qualität ermöglicht.

Direktvermarktung und Gemeinschaftsverpflegung

"Niemand hat größeres Interesse am Tierwohl als unsere Bäuerinnen und Bauern selbst, die ihre Tiere meist vom ersten Tag an kennen. So spüren wir auch innerhalb der Landwirtschaft, dass viele verstärkt initiativ werden und Kälber selber aufziehen, mästen und vermarkten. Durch diesen direkten Kontakt zwischen Produzenten und Konsumenten können Letztere hautnah die Lebenswelt unserer Bäuerinnen und Bauern kennen- und schätzen lernen. Mit Wertschätzung lässt sich auch Wertschöpfung erzielen", betont Moosbrugger. "Weiters wollen wir die Partnerschaft mit öffentlichen Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung, wie Krankenhäusern, Militärküchen und Kantinen, im Sinne aller Seiten weiter ausbauen und auf verlässliche Beine stellen."

Genuss und Mehrwert vermitteln, gezielt nachfragen

"Noch mehr als bisher möchten wir den Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern vermitteln, dass sie sich mit regionalem Qualitätskalbfleisch etwas Ausgezeichnetes gönnen und gleichzeitig viel Gutes bewirken können. Jedes Stück Kalbfleisch steht für ein echtes Stück Ländle - und gleichzeitig für höchste Tierwohl-, Sicherheits- sowie Umweltstandards, eine vielfältige Land- und Alpwirtschaft und vieles mehr", unterstreicht Moosbrugger, der sich bei allen Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern bedankt, die in Gastronomie und Kantinen bereits gezielt Ländle-Kalbfleisch nachfragen. "Nur wenn das in Vorarlberg erzeugte, hochwertige Fleisch gegenüber oftmals anonymer Importware den Vorzug erhält, bleibt es im Land. Nur gemeinsam kann und wird es uns gelingen, die Kälberausfuhren ins Ausland hintanzuhalten", so Moosbrugger. (Schluss)

Schweizer Milchriese Emmi steigerte 2018 Konzernumsatz deutlich

Stärkstes Wachstum seit 2014 verzeichnet

Luzern, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Der börsennotierte Schweizer Molkereieriese Emmi ist im vergangenen Geschäftsjahr 2018 organisch stärker gewachsen als von Experten erwartet. Der Konzernumsatz stieg im Berichtsjahr um 2,8% auf 3,46 Mrd. Franken (3,05 Mrd. Euro). Organisch - das heißt währungs- und akquisitionsbereinigt - entspricht dies einem Plus von 2,3%. Dies sei das stärkste organische Wachstum seit 2014, teilte der Konzern heute nach Angaben der Nachrichtenagentur sda mit. * * * *

In der Geschäftsdivision Schweiz ging der Umsatz um 1% auf 1,71 Mrd. Franken zurück. Bei den Molkereiprodukten (Milch, Rahm, Butter) wurde am Heimmarkt ein deutlich höherer Umsatz verzeichnet, was primär eine Folge der gestiegenen Milchpreise war. Beim Käse verlief die Entwicklung je nach Sorte unterschiedlich, negativ auf die Absätze wirkten sich die höheren Käseimporte aus. Der Anteil der Division Schweiz am Konzernumsatz betrug knapp 50%.

In der Division Americas (sie umfasst die Märkte USA, Kanada, Mexiko, Chile, Tunesien, Spanien und Frankreich) erhöhte sich der Umsatz um 10% auf 1,04 Mrd. Franken, organisch ergab sich ein Plus von 5,6 %.

In der Division Europa stieg der Umsatz um 5,2% auf 593 Mio. Franken, bereinigt um Währungs- und Akquisitionseffekte wurde ein Zuwachs von 4,4 % erzielt. Damit wurden die Erwartungen von Emmi deutlich übertroffen. Entscheidende Wachstumsfaktoren waren die höheren Verkäufe von Emmi Caffè Latte und von den italienischen Spezialitätendesserts, die sich positiv auf das Segment Frischprodukte auswirkten. Der Bereich Käse entwickelte sich organisch insgesamt leicht negativ. (Schluss)

Russland: Fleischproduktion wuchs 2018 schwächer

Zuwachs betrug nur 2,5%

Moskau, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - In Russland lag 2018 die Produktion von Schlachttieren einschließlich Geflügel mit rund 14,9 Mio. t Lebendgewicht um 2,5% höher als im Vorjahr, geht aus einem in der vergangenen Woche vom Föderalen Statistischen Dienst (Rosstat) in Moskau veröffentlichten Jahresbericht zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes hervor. Allerdings fiel der Zuwachs nicht mehr so deutlich aus wie 2017, wo dieser noch 4,7% betragen hatte. Auch bei Milch stellte Rosstat einen Produktionsanstieg um 1,5% auf etwa 30,6 Mio. t fest, bei Eiern jedoch nur um 0,1% auf 44,9 Mrd. Stück. Wie die Statistikbehörde ferner bekannt gab, wurden im Land zum Ende Dezember gut 18,1 Mio. Stück Rindvieh gehalten, darunter 7,9 Mio. Kühe, was um 0,8 beziehungsweise 0,4% weniger waren als vor Jahresfrist. Dagegen stiegen die Schweinebestände um 2,9% auf rund 23,7 Mio. Tiere. (Schluss) pom

Kwizda Agro: Diskurs spiegelt nicht die landwirtschaftliche Realität wider

Rund 200 Gäste bei spannender Dialogveranstaltung im Rahmen der Wintertagung

Wien, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Der Pflanzenschutzmittel-Hersteller Kwizda Agro lud traditionell am ersten Tag der Wintertagung des Ökosozialen Forums zu einer spannenden Diskussion in die Wiener Börsensäule ein und konnte dabei rund 200 hochkarätige Gäste aus Wirtschaft, Landwirtschaft und Politik begrüßen. Erstmals fand der "Kwizda Agro Cocktail" auch mit einem neuen Setting statt: Parallel zur Wintertagung diskutierten Agrarökonom **Franz Sinabell** (WIFO), **Hans Mayrhofer** (Geschäftsführer Ökosoziales Forum), **Wolfgang Hamm** (Weingutsleiter Stift Klosterneuburg) und **Ronald Hamedl** (Geschäftsführer Kwizda Agro) das Thema "Wer ernährt die Welt? Wer verzehrt die Welt? Wer erklärt die Welt?". **Johannes Kwizda**, Mitglied der Geschäftsleitung des Unternehmens, unterstrich in seinem Eingangsstatement die Diskrepanz zwischen Agrardiskurs und landwirtschaftlicher Realität. Mit dem neuen Diskussionsformat will Kwizda diese Veranstaltung als Networking- und Dialogplattform im Rahmen der Wintertagung ausbauen. * * * *

Es braucht ein gemeinsames Agrarmodell

Kwizda betonte, dass der öffentliche Agrardiskurs zu einer Summe aus Einzeldiskussionen verkommen sei und kritisierte die zunehmend schlechteren Rahmenbedingungen am Agrarstandort Österreich. Er nannte drei wesentliche Punkte, die sich negativ auf die Landwirtschaft auswirken: "Erstens: Der 'Ernährer' produziert, wird für die Produktion jedoch gescholten. Zweitens akzeptiert der 'Verzehrer' Innovation nur, wenn sie ihm persönlich nützt - keinesfalls jedoch bei der Produktion von Lebensmitteln. Drittens versucht der 'Erklärer' dem Konsumenten einzureden, dass Nachhaltigkeit Verzicht auf innovative Produkte und Technologien heißt." Dem will Kwizda ein gemeinsames Modell der heimischen Landwirtschaft gegenüberstellen, "denn ohne eine große, übergeordnete Idee, die einen gesellschaftlichen Mehrwert vermittelt, wird man Menschen nicht für sich mobilisieren können", betonte er.

Miteinander arbeiten statt gegeneinander

Das Zusammenspiel von Mensch, Technik und Maschine sollte ein zentraler Punkt des Agrardiskurses werden, denn eine globale Versorgung mit Lebensmitteln funktioniert nur mit Technologie als Schlüssel zur Nachhaltigkeit. Darüber waren sich die Diskutanten weitgehend einig. Die Politik sei gefordert, die Rahmenbedingungen für eine hohe Innovationskraft der heimischen Landwirtschaft zu schaffen, wurde betont. Dazu brauche es seitens der Landwirtschaft jedoch auch Mut und mehr Akzeptanz der Konsumenten, mit denen der Dialog verstärkt werden müsse. WIFO-Experte Sinabell hob dazu hervor, dass der Konsument angesichts der hohen Qualität und ständigen Verfügbarkeit der Lebensmittel der Profiteur von Entwicklungen der letzten Jahre sei. "Die Schattenseite davon ist allerdings, dass der Kunde mit Überkonsum diese Lebensmittel, die mit hohem Aufwand produziert werden, vergeudet", so Sinabell.

Landwirten Zugang zu modernster Technologie ermöglichen

Auch in ihren Wünschen und Zielen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) waren sich die Diskutanten einig. Hamedl etwa hob hervor, dass man "gemeinsame Ziele definieren und voranstellen sowie den Landwirten den Zugang zu modernster Technologie ermöglichen muss". Auch Weingutsleiter Hamm forderte ein Miteinander und warnte vor den Folgen, "wenn unterschiedliche Regionen regulatorisch gegeneinander ausgespielt werden". Vonseiten des Ökosozialen Forums forderte Mayrhofer von der Politik Verlässlichkeit und Planbarkeit sowie eine Verstärkung der Bemühungen im Umweltschutz und bei naturnahem Wirtschaften.

Unter den Gästen waren unter anderem der ehemalige Finanzminister Hans Jörg Schelling, die Landwirtschaftskammer-Präsidenten Nikolaus Berlakovich (Burgenland) und Franz Windisch (Wien), der Vizepräsident der LK Niederösterreich, Otto Auer, Bauernbund-Präsident Georg Strasser, Korneuburgs Bürgermeister Christian Gepp und RWA-Aufsichtsratsvorsitzender Johann Lang. (Schluss)

"Rechtshandbuch Land- und Forstwirtschaft" erschienen

Fortlaufend aktualisierter Überblick über Rechtsgebiete der Land- und Forstwirtschaft

Wien, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - In enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer (LK) hat der WEKA-Verlag das "Rechtshandbuch Land- und Forstwirtschaft" - ein umfassendes und praxisnahes Nachschlagewerk für Inhaber und Verwalter von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben - herausgegeben. Dieses bietet - erstmals in Österreich - einen fortlaufend aktualisierten Überblick über alle maßgeblichen Themen des Sektors, da Änderungen in der Online-Version laufend eingearbeitet werden. * * * *

In 17 Spektren gegliedert, behandelt das Werk umfassend und praxisbezogen die wichtigsten Rechtsgebiete der Land- und Forstwirtschaft: vom Jagd-, Wasser- und Forstrecht über Arbeits- und Sozialrecht bis hin zum Bau- und Nachbarrecht. Auch Informationen zum neuen Datenschutzrecht sind enthalten, ferner weitere Rechtsagenden wie das bäuerliche Sozialversicherungsrecht, Kaufen und Verkaufen von Maschinen oder land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaften, Pachten sowie Verpachten und erhebliche mehr.

Das Nachschlagewerk bietet unter anderem den Vorteil, dass der Käufer automatisch einen Zugang zur Online-Version erhält, durch die laufende Einarbeitung von Änderungen immer auf dem neuesten rechtlichen Stand ist und die darin enthaltenen mehr als 100 Vorlagen, Musterformulare sowie Checklisten rechtssichere Verträge und Schreiben garantieren. Diese können auch elektronisch auf CD-ROM oder im Online-Buch genutzt werden.

Bestellung zum Preis von 179 Euro (zzgl. MwSt. und Versand) mit der Bestellnummer 1059640 (ISBN: 978-3-7018-5964-1) per Telefon: +43/1/97000-100, Fax: +43/1/97000-5100, E-Mail: kundenservice@weka.at oder online unter www.weka.at/bestellformular/1059640/1/834534. (Schluss)

11,7 Mio. Euro mindern die 2018 erlittenen Dürreschäden bei Oberösterreichs Bauern

Hiegelsberger: Durch zusätzliche Landesmittel weiteren 1.500 Höfen geholfen

Linz, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Die Agrarmarkt Austria (AMA) hat heute die Auszahlung der Dürrehilfe vorgenommen. Die 2018 am stärksten betroffenen knapp 9.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Oberösterreich erhalten rund 11,7 Mio. Euro. Ausbezahlt werden nicht nur die Direktbeihilfen aufgrund erlittener Dürreschäden, sondern auch die im Umfang sehr eingeschränkten Zinsenzuschüsse. "Oberösterreichs Landwirtschaft war im Vorjahr am stärksten von Dürre und Trockenheit betroffen. Die Bundesregierung hat in dieser Situation rasch eine starke Antwort zur Unterstützung erarbeitet. Oberösterreich brachte sogar noch zusätzliche Landesmittel in der Höhe von knapp 2 Mio. Euro ein, um die in dieser Notsituation notwendige Hilfestellung zu garantieren", führt Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** aus. * * * *

Von der heute überwiesenen Summe stammen etwas mehr als 7 Mio. Euro aus dem oberösterreichischen Budget. "Das Land schätzt die Stärke sowie Bedeutung der eigenen Landwirtschaft und unterstützt die Familienbetriebe durch die Abgeltung eines Teils der erlittenen Dürreschäden. Die Leistungen der Bauern für die Gesellschaft rechtfertigen es, dass in dieser Notsituation zusätzliches öffentliches Geld in die Hand genommen wurde. Dies ist ein klares Zeichen der Partnerschaft zwischen der Landwirtschaft und der restlichen Bevölkerung", führt Hiegelsberger aus.

Fast vollständige Auszahlung der öffentlichen Mittel erreicht

Anspruchsberechtigt für die Dürrehilfe waren Betriebe mit mindestens drei Raufutter verzehrenden Großvieheinheiten (RGVE) und zwei Hektar Grünland beziehungsweise Feldfutter ohne Silomais. Im Unterschied zu den anderen Bundesländern wurde in Oberösterreich das Kriterium der absoluten Niederschlagsmenge von unter 320 mm auf unter 350 mm angehoben. Die Anzahl der anspruchsberechtigten Betriebe erhöhte sich damit. "Im rinderstärksten Bundesland mit den gerade im Grünland massiven Schäden hatten wir besonderen Unterstützungsbedarf. Durch die zusätzlichen Landesmittel konnte weiteren 1.500 Höfen geholfen werden - und diese Mittel wurden auch praktisch zur Gänze ausgeschöpft. Durch die gute Beratungsarbeit - die Landwirtschaftskammer (LK) hat jeden anspruchsberechtigten Betrieb einzeln angeschrieben - haben fast 100% der Betriebe auch fristgerecht einen Antrag gestellt und erhalten nun die notwendige finanzielle Unterstützung", erläutert Hiegelsberger abschließend. (Schluss)

Bundes-Obstbauverband verleiht Goldenen Apfel an Wolfgang Mazelle

Höchste Auszeichnung für besondere Verdienste vergeben

Graz, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Im Rahmen des Obstbautages des Verbandes Steirischer Erwerbsobstbauern wurde der Goldene Apfel als höchste Auszeichnung des Bundes-Obstbauverbandes von dessen Präsident Rupert Gsöls an Wolfgang Mazelle verliehen. * * * *

Der Goldene Apfel wird vom Verband nach einem entsprechenden Vorstandsbeschluss an Personen vergeben, die sich besondere Verdienste um den österreichischen Obstbau erworben haben. Mazelle setzt sich bereits seit 35 Jahren mit viel Engagement in mehreren Funktionen, wie etwa als Obstbaudirektor der steirischen Landwirtschaftskammer, als Geschäftsführer des Verbandes Steirischer Erwerbsobstbauern oder als Vorstandsmitglied im Bundes-Obstbauverband für den steirischen und österreichischen Obstbau erfolgreich ein.

Mazelle legte beim Obstbautag die Funktion des Geschäftsführers des Verbandes Steirischer Erwerbsobstbauern zurück. Als sein Nachfolger wurde bereits Herbert Muster aus der Obstbauabteilung der LK Steiermark nominiert. In der Funktion des LK-Obstbaudirektors bleibt Mazelle noch bis Oktober 2019. Der Bundes-Obstbauverband bedankt sich bei ihm für seine wertvolle Tätigkeit zum Wohle des heimischen Obstbaus. (Schluss)

15. Bio Austria-Bauerntage mit einem "Plädoyer für die Vielfalt"

Kritik an geplanter Kürzung des EU-Agrarbudgets - Mehr Ambitionen für Agrar-Umwelt-Maßnahmen

Wien, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Unter dem Motto "Vielfalt" fiel gestern, Dienstag, in Puchberg bei Wels der Startschuss für die diesjährigen Bio Austria-Bauerntage, die größte Weiterbildungsveranstaltung für die biologische Landwirtschaft Österreichs, die zum 15. Mal stattfindet. **Karin Stein-Bachinger** vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) hielt am Eröffnungstag ein leidenschaftliches "Plädoyer für die Biodiversität" und unterstrich dabei die Bedeutung der Landwirtschaft für funktionierende Ökosysteme. Sie verwies unter anderem auf den bewirtschaftungsbedingten Rückgang des natürlichen Lebensraumes für zahlreiche Arten in den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere von Feldvögeln und Insekten. Die biologische Landwirtschaft wirke sich nachweislich signifikant positiv auf die Artenvielfalt aus, so die Agrarwissenschaftlerin. Dennoch gebe es auch in der Bio-Landwirtschaft noch Potenzial zur Steigerung der Biodiversitätsleistungen, so ihre Resümee. * * * *

Podiumsdiskussion zur GAP-Positionierung Österreichs

Bio Austria-Obfrau **Gertraud Grabmann** und **Franz Reisecker**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich, kritisierten bei der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema "Zukunft Bio-Landwirtschaft - Positionierung Österreichs in der neuen GAP" die geplanten Kürzungen des EU-Agrarbudgets. Diese würden insbesondere die 2. Säule treffen, aus der bis dato die Agrar-Umweltmaßnahmen finanziert wurden. "Es wäre angesichts der umwelt- und klimabezogenen Herausforderungen geradezu ein Rückschritt, ausgerechnet bei den Agrar-Umweltmaßnahmen zu sparen. Das wäre Sparen auf Kosten der Umwelt und unserer Enkelkinder", betonte die Obfrau.

Mehr Mittel für Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt und Gesellschaft

Für den Plan der Kommission, die Entscheidungen über die Mittelverwendung den Mitgliedstaaten zu überlassen, fanden sowohl Grabmann als auch COPA-Vizepräsident Reisecker deutliche Worte. "Die Verantwortung für den Schutz der natürlichen Ressourcen abzugeben, ist nicht Sinn einer gemeinsamen Agrarpolitik. Und es ist auch nicht zielführend, denn nicht alle Staaten werden dem Thema ökologischer Nachhaltigkeit so große Bedeutung beimessen, wie Österreich dies bisher macht", betonte die Obfrau. Reisecker meinte, dass einige neue Ansätze im Kommissions-Vorschlag interessant seien, aber die Ziele einheitlich von der EU vorgegeben werden müssten. Ansonsten, konstatierten beide, seien Wettbewerbsverzerrungen vorprogrammiert.

Beibehaltung der Kofinanzierung von Agrar-Umweltmaßnahmen wesentlich

Auch **Jochen Kantelhardt**, Professor an der Boku, schlug in dieselbe Kerbe und betonte, dass die EU-Mittel zielgerichtet sein müssten, gerade im Rahmen der Agrar-Umweltmaßnahmen. "Wenn wir in eine Nationalisierung der Agrarpolitik gehen, ist das - ganz abgesehen von der grundsätzlichen Frage, ob dies im Sinne einer gemeinsamen Agrarpolitik ist - auch für Bauern in Österreich ein ganz schwerer Weg." Die Grundvoraussetzungen in den Mitgliedstaaten dürften nicht zu unterschiedlich sein. Die Beibehaltung der Kofinanzierung von Agrar-Umweltmaßnahmen sei jedenfalls wesentlich. Insgesamt sei aus agrarökonomischer Sicht im Rahmen des GAP-Vorschlags "wesentlich mehr möglich" gewesen, so der Wissenschaftler.

Umweltdachverbands-Geschäftsführer **Gerald Pfiffinger** sprach sich für eine Mindestsumme in der GAP für Umweltleistungen aus. Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für die Umwelt und den Artenschutz sollten jedenfalls abgegolten werden. Auf nationaler Ebene sieht Pfiffinger die Notwendigkeit, die UBB-Maßnahmen in der nächsten Periode auch für Biobetriebe zugänglich zu machen und abzugelten.

Der Markt alleine kann Nachhaltigkeit nicht sicherstellen

Abschließend hob Grabmann in Bezug auf die Rolle der Politik und des Marktes an der Ökologisierung der Landwirtschaft insgesamt und der Weiterentwicklung von Bio-Landwirtschaft im Besonderen hervor: "Die Politik kann wesentliche Maßnahmen unterstützen, um den Markt zu entwickeln, vor allem, indem sogenannte öffentliche Güter aus öffentlichen Geldern bezahlt werden." Bei öffentlichen Gütern handelt es sich um Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft, wie etwa Schutz von Wasser und Biodiversität sowie Klimaschutz, die eine nachhaltige Landwirtschaft erbringen muss, die aber über den Preis der Lebensmittel nicht abgegolten werden. "Der Markt alleine kann Nachhaltigkeit nicht sicherstellen, die Politik ist hier ganz klar in der Verantwortung", so die Bio Austria-Obfrau.

Gewinner des Innovationspreises Bio Austria-Fuchs ausgezeichnet

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch zum elften Mal der Innovationspreis Bio Austria-Fuchs für hervorragende Projekte und Ideen in der Bio-Landwirtschaft vergeben. Alle Einsendungen wurden von einer unabhängigen Jury nach Kreativität, Beitrag zur Erhöhung des Tierwohls sowie Umsetzbarkeit und Nutzen für andere Biobauern bewertet. Aus den drei bestbewerteten Projekten ermittelte das Publikum der Bauerntage schließlich die endgültige Reihung.

Der 1. Platz ging an das Projekt "Stressfreies Schlachten" des Vereins "stressfrei.st", einem Zusammenschluss von elf Landwirten in der Weststeiermark. Eingereicht wurde es von Alois Kiegerl aus Trahütten. Den 2. Platz sicherte sich Familie Bernhofer aus Golling in Salzburg mit ihrer "Muttergebundenen Kälberaufzucht mit intensivem Kuh-Kalbkontakt". Und für Johann Endfellner aus Seekirchen in Salzburg gab es für seine Idee der "Abkühlung für Milchkühe" Platz 3. (Schluss)

20. Erdäpfelfachtag der IGE am 13. Februar 2019 in Stockerau

Interessante Informationen am Branchentreff der Erdäpfelwirtschaft

St. Pölten, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau (IGE) und die Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich veranstalten am 13. Februar 2019 im Z-2000 Stockerau (Sparkassaplatz 2) wieder einen Branchentreff für die heimische Erdäpfelwirtschaft, der jedes Jahr aufs Neue Hunderte Teilnehmer zählt. * * * *

Dieses Jahr geben die Fachreferenten wieder einen breiten Themenüberblick: Günter Brader (AIT Tulln) und Monika Riedle-Bauer (HBLA Klosterneuburg) informieren über "Stolbur in Erdäpfeln - Erkenntnisse aus den Versuchen 2018", Anita Kamptner (LK Niederösterreich) erläutert die "Aktuelle Situation in der Drahtwurmbekämpfung", Rolf Peters (PotatoConsult UG) zeigt auf, wie neue Herausforderungen in der Kartoffellagerung zu meistern sind und Thomas Herkenrath (Präsident des Deutschen Kartoffelhandelsverbandes - DKHV) referiert über den "Internationalen Kartoffelmarkt".

Im Rahmen des 20. Erdäpfelfachtages der IGE werden LH-Stv. Stephan Pernkopf und Michael Blass, Geschäftsführer der AMA Marketing, den "Goldenen Erdäpfel 2018" überreichen.

Diese Veranstaltung ist als Weiterbildung für den NÖ Sachkundefausweis gemäß § 6 Abs. 2 NÖ Pflanzenschutzmittelgesetz im Ausmaß von zwei Stunden anrechenbar. Es wird ersucht, den Sachkundefausweis mitzubringen. Weiters ist die Anrechenbarkeit als Weiterbildung für AMAG.A.P. beziehungsweise AMA-Gütesiegel im Ausmaß von ebenfalls zwei Stunden gegeben.

Für IGE-Mitglieder mit Eintrittskarte ist die Teilnahme kostenlos. Für Nicht-IGE-Mitglieder werden 10 Euro eingehoben. (Schluss) wol

Kärntner Landesobstbautag am 2. Februar in der LFS St. Andrä

IST-Analyse sowie Chancen und Möglichkeiten im Fokus

Klagenfurt, 30. Jänner 2019 (aiz.info). - Am kommenden Samstag, 2. Februar, findet in der Landwirtschaftlichen Fachschule St. Andrä im Lavanttal der diesjährige Kärntner Landesobstbautag statt, bei dem die Teilnehmer/-innen aktuelle und umfassende Informationen zum Stand des Obstbaus und der -verarbeitung im Bundesland erhalten. Beginn ist um 9 Uhr. Im Zuge dessen werden den Absolventen des Spezialkurses "Baum- und Kellerwart 2018" ihre Prüfungsbestätigungen überreicht. Für den fachlichen Teil konnte Alexandra Horner, Obstbauberaterin der Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich, gewonnen werden. Sie zeigt "Chancen und Möglichkeiten im Obstbau" auf. Im Anschluss daran findet für Mitglieder und geladene Gäste die 66. Jahreshauptversammlung des Landesobstbauverbandes statt. (Schluss)